

Pressestimmen

Internationale Pressestimmen zur Bundestagswahl

Junge Wähler meiden Union und SPD

WÄHLERVERHALTEN Viele haben Sorge wegen der Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen, sagt der Politologe Thomas Gschwend

Von unserer Redakteurin Valerie Blass

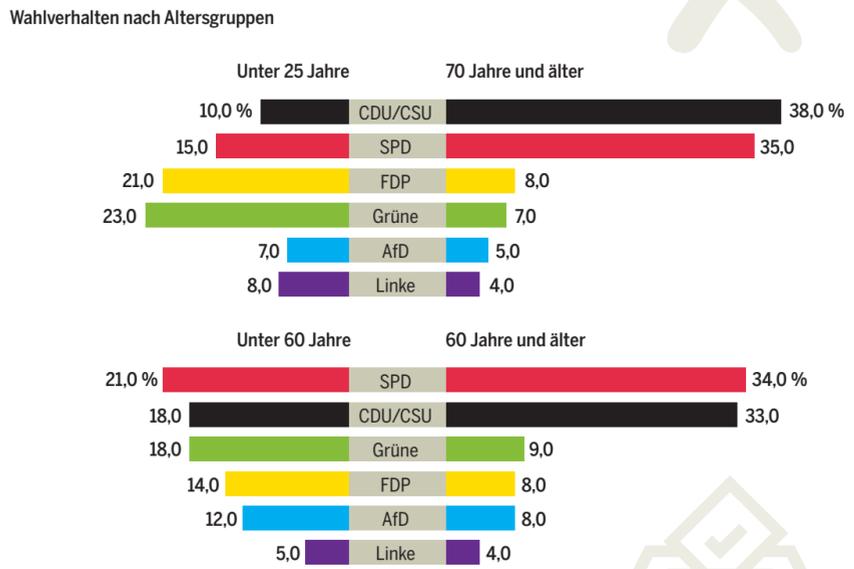
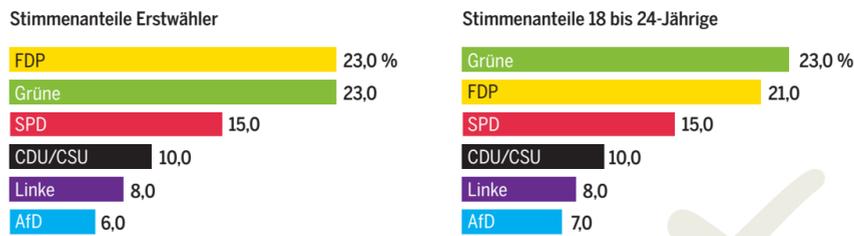
Wenig scheint gestern klar an Tag eins nach der Bundestagswahl – wie eine künftige Koalition aussehen wird, ist völlig offen. Genauso wie die Frage, welche Partei den Regierungschef stellt. Olaf Scholz, Armin Laschet oder Markus Söder, vielleicht sogar Annalena Baerbock könnten am Ende auf dem Chefsessel im Kanzleramt sitzen.

Viele Szenarien sind möglich, sagt der Mannheimer Politikwissenschaftler Thomas Gschwend. „De facto wird der Politiker zum Bundeskanzler gewählt, der die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich versammelt. Und es ist keineswegs sicher, dass sich eine Ampel zusammenraufen kann.“

■ Union und SPD: Fest steht für ihn: „Das Ergebnis müsste CDU und SPD eigentlich endlich wachrütteln.“ Die beiden großen Parteien hätten „einfach nichts mehr“, was sie für junge Wähler attraktiv macht. „Das wird künftig nicht mehr funktionieren, wenn kein neues Blut reinkommt“, sagt Gschwend. Tatsächlich zeigen die Auswertungen von Infratest dimap zur Altersstruktur der Wählenden sehr deutlich: Erstwähler und junge Erwachsene wählen mehrheitlich FDP und Grüne. SPD und vor allem die Unionsparteien können dagegen bei den Jungen nicht punkten. Sie rekrutieren ihre Wählerschaft vor allem aus der Gruppe der über 60-Jährigen, bei den über 70-Jährigen sind sie noch stärker.

Gschwend sagt, im Wahlkampf seien zum Beispiel Ankündigungen der Union zum Thema „moderne Bildung“ wenig glaubwürdig gewesen. „Das hat doch niemand ernstnehmen können, der Kinder hat und jeden Tag sieht, wie es läuft.“ Er wundert sich auch nicht, dass die Wahlkampf-Forderungen der CDU nach mehr Digitalisierung nicht verfangen hätten. „Die Partei regiert seit 16 Jahren und die Situation in Deutschland ist katastrophal. Fah-

Wen wählen Jüngere und Ältere? Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2021



HST-Grafik/dpa, Quellen: Infratest dimap

ren Sie über die Grenze nach Deutschland und Sie sind im Funkloch. Das ist doch ein deutsches Problem.“

■ FDP und Grüne: Die Tatsache, dass die FDP bei den Jungen so stark sei, habe ihn selbst etwas überrascht, sagt Gschwend. Aber: FDP und Grüne seien eben „moderne

Parteien, die sich selbst ein modernes Outfit gegeben haben“. Wer jung sei und links der Mitte stehe, wähle da Grün, wer eher rechts der Mitte stehe, die Liberalen. Die beiden Parteien seien sich auch durchaus „in vielen Dingen ähnlich“. Die starke Betonung von Freiheitsrechten oder der Wunsch nach der Modernisierung des Industriestand-

orts Deutschland etwa seien Themen, bei denen es Gemeinsamkeiten gebe – wenn sich auch die Wahl der Mittel zur Umsetzung dieser Ziele teils deutlich unterscheidet, etwa beim Thema Klimaschutz. „Fest steht aber: Beide wollen uns ins 21. Jahrhundert bringen, das sind keine Bremser, die an Faxgeräten festhalten wollen.“

Scholz drückt bei Regierungsbildung aufs Tempo

Bei der SPD herrscht die Angst vor, dass ihr trotz des Wahlsiegs das Kanzleramt versperrt bleibt

Von unserem Korrespondenten Bernhard Junginger

BERLIN Er habe gut geschlafen in der Nacht des Siegs seiner SPD, sagt Olaf Scholz am Tag danach. Etwas blass und übernächtigt sieht er dennoch aus, der Wahlabend war ein nervenzehrendes Wechselbad der Gefühle zwischen Hoffnung und Triumph. In der Früh geht es gleich weiter mit den Gremiensitzungen der Partei im Berliner Willy-Brandt-Haus. Bei denen geht es nur um eine Frage: Wie kann Scholz seinen Wahlsieg jetzt auch in eine Kanzlerschaft ummünzen? Denn Konkurrent Armin Laschet will ja trotz des desaströsen Abschneidens seiner Union ebenfalls nach der Regierung greifen.

Heft des Handelns Nicht die in den vergangenen Jahrzehnten heftig geschrumpften Volksparteien SPD und CDU/CSU haben nach diesem Urnengang das Heft des Han-

dels in der Hand, sondern Grüne und FDP, ohne die nur eine Neuaufgabe der großen Koalition möglich scheint, die keiner der Partner will.

Als Scholz nach der Präsidiumssitzung vor die Presse tritt, ist seine Botschaft klar: Er will möglichst rasch eine Ampel-Koalition seiner SPD mit Grünen und FDP schließen. „Wir werden uns sehr schnell mit den anderen Parteien, mit denen wir eine Regierung bilden wollen, über Gesprächsverläufe abstimmen“, kündigt er an. Denn diese drei Parteien seien ganz klar die Gewinner der Wahl und hätten damit den Auftrag, eine Regierung zu bilden.

Auch welche einigende Klammer eine solche Ampel aus Sicht der Sozialdemokraten bekommen soll, macht Scholz deutlich: Fortschritt werde das Markenzeichen werden. SPD, Grüne und FDP stünden für den Willen nach Veränderung, auch wenn jede Partei eine eigene Fortschrittserzählung habe. Bei den

Grünen der Klimaschutz, den auch die SPD wolle, bei der FDP die Modernisierung von Wirtschaft und Infrastruktur, bei der SPD das Soziale. Dass es für ein Ampel-Bündnis gute Gründe gebe, das zeige schon der Blick in die Geschichte. Scholz verweist sowohl auf die sozial-liberale

Tradition mit den SPD-Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt, als auch auf die sozial-ökologische Tradition mit Kanzler Gerhard Schröder. Die drei Parteien, die erfolgreich aus der Wahl hervorgegangen seien, hätten schon einmal gemeinsam regiert, sagt Scholz und

erinnert zudem, dass seine Genossin Malu Dreyer in Rheinland-Pfalz schon seit 2016 ein Ampel-Bündnis führe.

Immer wieder blitzt bei Scholz die Angst durch, die Union könnte ihm den Weg ins Kanzleramt doch noch versperren. Er warnt: „Es ist klar, dass niemand ohne Schaden an diesem Votum vorbeigehen kann.“ Deshalb drückt Scholz bei der Regierungsbildung auch aufs Tempo. Sondierungen sollten nicht zu lange dauern, sondern rasch in reguläre Koalitionsverhandlungen münden, damit auch konkrete Ergebnisse erzielt werden können. „Völlig okay“ sei es dabei, wenn Grüne und FDP nun erst einmal miteinander reden wollten.

Offenheit Rote Linien ziehen oder unverhandelbare Forderungen festlegen will die SPD vor den anstehenden Ampel-Gesprächen nicht. Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans sagt: „Wir sind alle gut beraten, aufeinander zuzugehen und zu sehen, was wir gemeinsam für dieses Land tun können.“

„Es ist klar, dass niemand ohne Schaden an diesem Votum vorbeigehen kann.“

Olaf Scholz



Olaf Scholz beschwört die Gemeinsamkeiten von SPD, Grünen und FDP. Er hält an seinem Ziel einer Ampel-Regierung fest. Foto: dpa

HEILBRONNER STIMME

Impressum

Unabhängige Tageszeitung - 76. Jahrgang Pflichtblatt der Baden-Württ. Wertpapierbörse Stuttgart Herausgeber und Verlag Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG Geschäftsführer Marc Becker, Tilmann Distelbarth Chefredakteur Uwe Ralf Heer Stellvertreterinnen Tanja Ochs, Christine Tantschinez Layoutchef Michael Dauenhauer

Verantwortliche Redakteure

Regionalredaktion Tanja Ochs, Alexander Hettich (stv.), stv. Leiter Stadtkreis Joachim Friedl Team Politik/Wirtschaft regional Jürgen Paul Chefkorrespondent Berlin Hans-Jürgen Deglow Chefkorrespondent Wirtschaft Christian Gleichauf Sport Stefanie Wahl, Lars Müller-Appenzeller (stv.) Leben und Freizeit Alexander Schnell, Alexander Rölke (stv.) Online Christine Tantschinez Deskleiter Gerhard Mayer, Christian Wingerter (stv.)

Hohenloher Zeitung Ralf Reichert, Yvonne Tschertwitschke (stv.)

Fotografie Andreas Veigel Dokumentation Dagmar Weigel Chefkorrespondent Landespolitik Stuttgart Michael Schwarz, Telefon 0711 25284613 Redaktion Berlin Stefan Lange (Ltg.), Christian Grimm, Bernhard Junginger, Telefon 030 22620204 Redaktion Brüssel Katrin Pribyl Korrespondenten in Washington, New York, London, Moskau, Paris, Warschau, Ankara, Madrid und St. Petersburg Anzeigen Martin Küfer (verantwortl.)

HEILBRONNER STIMME

Postfach 2040, 74010 Heilbronn Allee 2, 74072 Heilbronn Telefon 07131 615-0, Telefax -200, Service-Center -615 Anzeigen-Service -600, Ticket-Service -701 E-Mail zeitung@stimme.de, anzeigen@stimme.de, ticket.hn@stimme.de, redaktion@stimme.de HOHENLOHER ZEITUNG Postfach 1380, 74603 Ohringen Bahnhofstraße 11, 74613 Ohringen Telefon 07941 9161-0, Telefax 07941 9161-8062 E-Mail redaktion.hz@stimme.de anzeigen.hz@stimme.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 70 vom 1. Oktober 2020 Auflage IVW-geführt

Für unverlangte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen erfolgen nur gegen Porto. Bezugspreis (monatlich im Voraus fällig) einschließlich Zustellgebühr und 7 % Mehrwertsteuer 48,90 €, bei Postbezug im Inland 56,90 €, dienstags mit Fernheftillustrierte prima. Abbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen vier Wochen vorher schriftlich im Verlag vorliegen. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.